

**KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom  
Kantonsratspräsident

3. Dezember 2024  
Zehnder Ferdinand

**A 221 Anfrage Pardini Gianluca und Mit. über die kantonale Ansiedlungspolitik von multinationalen Unternehmen / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Gianluca Pardini ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Gianluca Pardini: Die Antwort der Regierung klingt beeindruckend: Die Steuererträge der juristischen Personen konnten in den letzten vier Jahren vervierfacht werden und die Wirtschaftsförderung meldet bei den Firmengründungen einen Rekord. Zudem wird mit Stolz auf die Ansiedlung von neuen multinationalen Firmen hingewiesen. Diese Entwicklungen können sehr gut verkauft werden. Auch wenn unser Rat weiterhin Steuergeschenke für reiche Unternehmen beschliesst, erzählen die Zahlen nur die halbe Geschichte. Richten wir doch den Blick von dem treuhänderischen auf die volkswirtschaftlichen Perspektiven. Was uns die Wirtschaftsförderung verkauft, ignoriert leider allzu oft die gesellschaftlichen Kosten. Ein Blick in unseren Nachbarkanton im Norden genügt. Die «Zugisierung» ist längst keine Polemik mehr, sondern schon lange Realität. Sie ist nicht die helle, sondern die dunkle Seite unsere Tiefsteuerstrategie, die letztendlich einer kleinen Elite dient. Sie führt in Agglomerationen und Städten zu neuen sozialen Segregationen, einer Verdrängung der weniger Bessergestellten. Nicht nur die Bevölkerung wird demografisch entmischt, sondern auch die Identität von Städten und Quartieren verändert, die sich schleichend zu kleinen Dörfern in ein «Alpen Singapur» umwandeln mit verstaubten Luxusautos im Keller und Zeitschaltuhren in den Wohnungen, damit das Gefühl entsteht, sie seien belebt. In Zug ist das längst Realität. Mit unserer Steuerstrategie sind wir auf bestem Weg dorthin. Nehmen wir das Beispiel Wohnungsmarkt: Es ist wenig überraschend, weshalb verschiedene Erhebungen in die gleiche Richtung zeigen. Luzern ist längst überdurchschnittlich teuer geworden. Laut Stellungnahme des Regierungsrates lassen sich gerade bei Neuansiedlungen von multinationalen Unternehmen überwiegend hoch entlohnte Fachkräfte nieder. Es wird aber ignoriert, dass diese hoch entlohnnten Fachkräfte oder Firmen, die Wohnungen für diese Fachkräfte mieten, den Effekt verstärken, der auch in anderen Regionen so zu beobachten ist. Es ist ganz einfach: Die Nachfrage nach Wohnraum steigt, das führt zulasten der ansässigen Bevölkerung zu höheren Mietpreisen. Noch absurder wird es, wenn sich die Wohnungsvermieterinnen und -vermieter dazu verlocken lassen, mit zu hohen Wohnungsmieten an der Tiefsteuerstrategie mitzuverdienen. Dürfen es 1000 Franken mehr sein? Gerne, wir unterschreiben den Mietvertrag. Die gleiche Entwicklung sehen wir auch rund um die Finanzierung der internationalen Privatschulen. Aus unserer Sicht gibt es keinen Grund, um öffentliche Gelder

umzulenken und private Parallelstrukturen für ein paar wenige privilegierte Kinder zu finanzieren. Das ist nicht nur eine Verschwendung der öffentlichen Ressourcen, sondern ein Schlag gegen die Chancengleichheit, die unser Bildungssystem so stark macht. Die Regierung nennt es Wettbewerbsnachteil. Noch etwas zur Anzahl von Firmenansiedlungen und Firmenneugründungen, die sich vielleicht nicht aktiv von der Wirtschaftsförderung fischen lassen, sondern sich als hochmobile Gesellschaft im Steuerparadies Luzern niederlassen und auch von den superreichen norwegischen Steuerflüchtlern profitieren. Der Blick auf die Branchenstruktur des Kantons Luzern zeigt ganz klar, dass seit 2005 vor allem der Finanzsektor mit 140 Prozent ein enormes Wachstum verzeichnet hat. Zur Frage über die Briefkastenfirmen gab es keine Antwort. Spazieren Sie doch an einem schönen Tag durch die Stadt Luzern, fühlen sich jung und machen einen Klingelstreich. Das ist lustig, denn wenn Sie eine Klingel drücken, erreichen Sie ungefähr 20 bis 30 Parteien an ganz verschiedenen Orten. Was will ich damit sagen? Wir finden, dass es mehr als nur an der Zeit ist, die negativen Auswirkungen der Tiefsteuerepolitik im Kanton Luzern bei den Ansiedlungen zu berücksichtigen und auch die Wirtschaftsförderung diese Nachhaltigkeitsdimension aufnehmen soll. Wir fordern, dass die ganze Geschichte der Luzerner Tiefsteuerstrategie erzählt wird

André Marti: Die Kritik der linken Ratshälfte an unserer Wirtschafts- und Steuerstrategie ist nicht neu. Neu ist, wie Gianluca Pardini fast verzweifelt nachzuweisen versucht, dass der Erfolg der Firmenansiedlungen eine schlechte Seite hat oder die Neuansiedlungen für irgendein Problem im Kanton verantwortlich gemacht werden können. Die FDP-Fraktion sieht es wie die Regierung: Die negativen Aspekte von Firmenansiedlungen fallen nicht ins Gewicht. Bei den angesiedelten Firmen aus dem Ausland sprechen wir von 0,15 Prozent der Arbeitsplätze im Kanton. Dementsprechend kann die Konkurrenz um Büro- und Wohnraum sowie die Belastung unserer Infrastruktur und Schulen nicht ins Gewicht fallen. Die 0,15 Prozent dürften nicht dafür verantwortlich sein, dass es auf unseren Strassen enger oder der Siedlungsdruck hoch ist und die Bevölkerung wächst. Ich glaube, dass es eher umgekehrt ist. Die positiven Aspekte der Firmenansiedlungen überwiegen deutlich. Der stark angestiegene Steuerertrag bei den juristischen Personen ist zu einem wesentlichen Teil auf international tätige Firmen zurückzuführen, die vor kurzer Zeit aus dem Ausland angesiedelt wurden. Es sind Firmen, die unsere Wirtschaft zukunftsfähig halten und vor Ort investieren. Sie beschäftigen gut bezahltes Personal, die allermeisten davon wurden vor Ort rekrutiert. Diese Personen bezahlen wiederum überdurchschnittliche Einkommensteuern. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir als Standort einem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind. Das ist eine Tatsache. Es ist wichtig, diese Wettbewerbsfähigkeit immer im Auge zu behalten. Wenn wir über die Verteilung der OECD-Mindesteuerträge diskutieren, ist es richtig und wichtig, dass wir die Attraktivierung und Attraktivität des Standorts Luzern für Firmen im Auge behalten und weiter darin investieren. Dies auch mit Sicht auf die Ansiedlung internationaler Firmen. Mit den internationalen Schulen wird keine Parallelgesellschaft gefördert. Ich sehe das anders: Eine internationale Schule bietet einen unterbruchfreien Anschluss an ein Bildungssystem. Das ist zentral für Kinder von internationalen Mitarbeitenden. Es ist auch wichtig für Kinder von einheimischen Mitarbeitenden, wenn diese für ein paar Jahre für ihre Firma im Ausland arbeiten. Wir profitieren alle von den wirtschaftlichen Impulsen dieser international angesiedelten Firmen, deshalb kann auch keine Rede von einer «Zugenisierung» sein.

Bernadette Rüttimann: Ich habe den Eindruck, dass sich Gianluca Pardini nicht über die Leistungen und den Erfolg der Wirtschaftsförderung und die Neuansiedlung von multinationalen Firmen freuen kann. Ich glaube, dass Sie sogar versuchen Ängste zu schüren.

Seit Jahren bekämpfen sich die linken und rechten politischen Parteien im Bereich der Wirtschafts- und Steuerpolitik. Das ist unsäglich. Es wäre schön, wenn Sie anerkennen könnten, dass die Ansiedlungs-, Wirtschafts- und Steuerpolitik des Kantons Luzern der letzten Jahre bis und mit heute sehr schöne Früchte trägt. Das auch ohne ausserordentliche Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) oder die OECD-Mindestbesteuerung. Ich weiss nicht, wie Sie aus dem Argumentationsdefizit herausfinden wollen, dass alles schlecht ist. Erst recht, wenn in den nächsten Jahren die ersten Franken aus der OECD-Mindeststeuer auf den Konten des Kantons eingehen. Es ist eine Tatsache, dass im Kanton Luzern 33 000 Firmen ansässig sind. Es ist auch eine Tatsache, dass zukünftig rund 20 dieser 33 000 Firmen 80 Prozent des juristischen Steuereinkommens ausmachen. Trotzdem findet die Mitte-Fraktion, dass alle Firmen wichtig sind. Diejenigen, die viel Steuern bezahlen und diejenigen, die weniger Steuern bezahlen. Nur ein breit diversifizierte Unternehmenslandschaft sorgt für eine stabile Wirtschaftslage. Alle Unternehmen gemeinsam sind der beste Garant für Innovation, Wirtschaftswachstum, attraktive Arbeitsplätze und eine grosse Anzahl Steuereinnahmen von natürlichen Personen. Die Mitte-Fraktion wird sich weiterhin für mehr ökonomisches Wissen und mehr Wohlfahrt einsetzen, damit unsere Wirtschaft nachhaltig wachsen kann. Das heisst konkret, weiterhin Wirtschaftsförderung zu betreiben und soziale Verantwortung zu übernehmen.

Thomas Alois Hodel: Die Zahlen in der Stellungnahme der Regierung zeigen, dass wir das Ganze in eine Relation setzen müssen. Die bei der Ansiedlung begleiteten Unternehmen bringen pro Jahr 350 bis 400 Arbeitsplätze. Es ist doch etwas übertrieben aufgrund dieser Zahlen zu erklären, dass der Wohnungsmarkt der Stadt Luzern in die Höhe getrieben werde. In der Stadt Luzern zu wohnen war noch nie günstig. Ich glaube nicht, dass die Altstadtwohnungen früher von einfachen Arbeitern bewohnt wurden. Die jährliche Wunschliste der linken Ratsseite ist jeweils sehr lang. Wenn man solche Anliegen umsetzen will, ist man ja auf hohe Steuererträge angewiesen. Seit 2019 haben sich die Steuererträge verdreifacht. Das ist eine grosse Leistung und zeigt, wie erfolgreich die Steuerstrategie ist. Es ist klar, dass es in Einzelfällen zu Nachteilen kommen kann. Wir müssen aber das grosse Ganze sehen: Die neuangesiedelten Unternehmen helfen dem Kanton Luzern, da sie hohe Steuern bezahlen. Kein anderer Kanton wie Luzern wurde derart von der Höhe der OECD-Mindeststeuern überrascht, der anstatt der geschätzten 55 Millionen Franken auf 400 Millionen Franken kommt. Das darf uns doch auch Freude bereiten.

Gianluca Pardini: Zum Votum von André Marti: Ich habe nicht gesagt, dass es in Zukunft zu einem Dichtestress kommt, sondern genau das Gegenteil ist der Fall. Die Innenstädte sterben wie in Zug aus. Dort schreien die Bauten rund um den Bahnhof nach Leben.

Ruedi Amrein: Ich staune, wenn hier gesagt wird, dass die Innenstädte aussterben. Auf der anderen Seite haben die Firmen in Städten mit fehlenden Parkplätzen und Zufahrten zu kämpfen. Man muss sich nicht wundern, wenn gewisse Geschäfte deshalb wegziehen. Ich habe die Befürchtung, dass es sich bei dieser Anfrage erst um ein Vorspiel handelt, möglicherweise folgen ja noch weitere Vorstösse. In den nächsten Jahren werden wir über die OECD-Mindeststeuer befinden. Dabei wird es auch um die Frage gehen, wie die Firmen entlastet werden können, die hohe Steuern bezahlen. Da man aber gegen diese Entlastungen ist, werden solche Vorstösse eingereicht um beim Volk den Eindruck zu erwecken, dass es sich dabei um etwas Schlechtes handelt. Die Steuerstrategie hat aber endlich gegriffen. Es ist ja nicht so, dass wir diese Mehreinnahmen nicht benötigen könnten. Unser Rat streitet sich ja immer noch darüber, wie wir den Nachholbedarf beim Strassenbau finanzieren oder den Forderungen der Spitäler gerecht werden können. Dieses Geld kommt uns also gelegen. Die Wohnungsnot ist ein Problem, das anerkennt auch die FDP-Fraktion. Aber auch hier gibt es

noch andere Gründe, beispielsweise, weil es beim Bau aufgrund von Einsparungen nicht vorwärtsgeht. Die benötigten Wohnungen können einfach nicht gebaut werden. Ich werbe vehement für die Steuerstrategie, der Kanton benötigt dieses Geld. Wir sollten die Steuerstrategie nicht verteufeln und das Volk dagegen aufbauschen, sonst geht die Abstimmung über die OECD-Mindeststeuer schief.

Priska Fleischlin: Das eine schliesst das andere ja nicht aus. Es ist interessant von der bürgerlichen Seite zu hören, dass wir die Steuerstrategie nicht gutheissen und auf das Geld verzichten wollen. Gianluca Pardini hat aber von sehr relevanten Folgen für die Bevölkerung gesprochen. Wir müssen doch Sorge zu einem Kanton tragen, der lebt und wo die Wohnungen mit Menschen gefüllt sind. Wo das Zusammenleben funktioniert. Darum geht es in dieser Anfrage. Als Kanton haben wir eine Verantwortung. Wenn Sie dieses Geld nehmen und Freude daran haben, dann denken Sie auch an die Folgen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Jede Medaille hat zwei Seiten, aber aus Sicht der Regierung überwiegen die Vorteile klar. Es braucht internationale Schulen für Expats. Das ist aber nicht nur in der Schweiz so. In den Hauptstädten anderer Länder, wo beispielsweise grosse Schweizer Unternehmen wie Schindler tätig sind, müssen die Schweizer Familien ihre Kinder auch in die Schule schicken können. Ich denke dabei auch an das eidgenössische Botschaftspersonal. Internationale Schulen sind üblich, diesbezüglich haben wir Nachholbedarf, weil es auch bei uns und in den Nachbarkantonen Expats gibt. Der Wohnungsmarkt ist tatsächlich knapp. Sie haben die Zahlen gehört, das hat nicht primär etwas mit den Firmenansiedlungen der letzten Jahre zu tun, sondern dahinter stehen ganz andere Probleme. Der Wohnungsmarkt ist aber schweizweit ein aktuelles Thema. Was heisst das aber? Da wir ein attraktiver Kanton sind, ziehen die Menschen zu uns, auch aus anderen Kantonen. Die Statistik der Zu- und Wegpendler sagt aus, dass mittlerweile viele Luzerner nicht mehr wie früher wegpandeln, beispielsweise in den Kanton Zürich, weil es hier auch genügend interessante und gut bezahlte Jobs gibt. Das ist ein positiver Aspekt dieser Firmen. Die juristischen Steuereinnahmen haben sich verdreifacht. Über die OECD-Mehreinnahmen werden wir noch vermehrt diskutieren und wie Sie das schon bei der letzten AFP-Beratung getan haben. Die Steuergesetzrevision, an der wir alle Schichten partizipieren liessen, ist ein wichtiger Gradmesser und wurde mit 67 Prozent deutlich angenommen. Die Bevölkerung hat die Strategie zum wiederholten Mal gestützt. Deshalb sind wir überzeugt, dass wir auf diesem Weg weiterfahren sollten. Es ist uns aber bewusst, dass wir auf gewisse Punkte achten müssen. Es ist zu beachten, dass der Dichtestress in der Schweiz zunimmt. Auch die Zunahme der Bevölkerung und die Zuwanderung sind in der ganzen Schweiz aktuelle Themen. Wir müssen deshalb auch in Zukunft sorgfältig abwägen, was wir wo tun.